

Einsturzgefährdete Stollen in Ahlem:

Was wusste die Verwaltung?

»Anfang April entdeckten Bauarbeiter bei Bohrungen unweit der Heisterbergallee mehrere einsturzgefährdete Stollen. Neben Straßensperrungen wurde auch der Betrieb der Stadtbahnlinie 10 komplett eingestellt. Aber nicht nur das:

Mehr als 100 Häuser stehen auf diesen einsturzgefährdeten unterirdischen Gruben! Die Anwohner sind sauer und verunsichert.

Viele fragen sich zurecht: Was wusste die Verwaltung und warum wird hier nicht transparent mit den Bürgern kommuniziert?

Die Stadt hält sich in dieser Angelegenheit auffällig bedeckt und das wohl auch mit gutem Grund:

Sie fühlte sich in den letzten Jahren einfach nicht zuständig für diese Angelegenheit, obwohl bereits 2013 bei Probebohrungen deutlich wurde, dass hier etwas nicht stimmt!

Aber anstatt sofort zu handeln und die Stollenanlagen auf ihre Beständigkeit zu prüfen, wurden die Behörden erst aktiv, als das Landesamt für Bergbau, Energie und Biologie Anfang 2022 vor dem Zustand der alten Stollen warnte.

Ganze 9 Jahre später! Ein Skandal!

Nun dürfen sich die Einwohner Ahlems auf jahrelange Behinderungen einstellen und müssen auch noch um die Festigkeit des Untergrundes unter ihren Häusern und Grundstücken bangen. Die AfD im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt fordert:



1910: Der Abbau von Asphaltgestein in Ahlem, Quelle: Repro Rainer Dröse/ Neue Presse

Die Verwaltung muss gegenüber dem Bürger endlich Transparenz herstellen. Keine Informationen dürfen vorenthalten werden!

Es müssen außerdem regelmäßige Infoveranstaltungen stattfinden, bei denen sich die Verantwortlichen den Bürgern erklären, sie über die neuesten Erkenntnisse informieren und ihre Fragen beantworten.

Die Zukunftssicherheit der betroffenen Einwohner Ahlems muss oberste Priorität sein!



Unsere Anträge und Anfragen im Bezirksrat: Mai 2022

- » Antrag Nr. 15-0858/2022: Informationsveranstaltung mit Vertretern der Wohnungsgesellschaft hanova bezüglich der Rattenplage an der Badenstedter Straße.
- » Antrag Nr. 15-0859/2022: Die Verwaltung möge eine feste Sitzordnung im Bezirksrat erarbeiten
- » Antrag Nr. 15-0924/2022: Flüchtlingszahlen im Stadtbezirk bei jeder Sitzung veröffentlichen
- » Anfrage Nr. 15-0923/2022: Flüchtlinge im Stadtbezirk
- » Anfrage Nr. 15-0925/2022: Störungen aus dem Publikum bei Sitzungen



Am 09. Oktober 2022 ist Landtagswahl

Geben Sie Ihre Stimme der **AfD**

Impressum:

AfD-Fraktion im Rat der LHH, Herrenstr. 7, 30159 Hannover
info@afd-fraktion-hannover.de
www.afd-fraktion-hannover.de, Telefon: 0511-168 31845



Mitteilungsblatt

Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Ausgabe 7/ Mai 2022

Mut zur Wahrheit

Kommunalaufsichtsbeschwerde

der AfD

gegen die

Stadt Hannover

Inhalt:

Hauptthema

- **Illegale Dauerfinanzierung?**
AfD-Bezirksratsfraktion leitet Kommunalaufsichtsbeschwerde gegen die Landeshauptstadt Hannover ein!
- **Armbrust-Attentat auf die Geschäftsstelle der AfD-Stadtratsfraktion**
- **AfD wirkt: Grüne im Bezirksrat stimmen für Antrag der AfD**
- **Einsturzgefährdete Stollen in Ahlem: Was wusste die Verwaltung?**
- **Unsere Anträge und Anfragen im Bezirksrat: Mai 2022**



Reinhard Hirche

Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat
Beisitzer im Vorstand des Kreisverbandes Hannover Stadt
E-Mail: reinhard.hirche@afd-hannover.de



Jens Keller

Stellv. Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat
Ratsherr und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat
Stv. Vorsitzender im Kreisverband Hannover Stadt
E-Mail: jens.keller@afd-hannover.de

Hannover. Aber normal.

Illegale Dauerfinanzierung!

» Die AfD Fraktion im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt legt Kommunalaufsichtsbeschwerde ein. «

» Wenn Politiker hart erwirtschaftete Steuergelder der Bürger verteilen sind sie an Recht und Gesetz gebunden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen im Stadtbezirk setzen klare Richtlinien. Eine dauerhafte Finanzierung von Projekten ist rechtlich nicht vorgesehen und der gesamtgesellschaftliche Nutzen muss stets im Fokus stehen.

Die AfD-Fraktion im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt deckt die illegale Dauerfinanzierung eines zweifelhaften Kochprojekts für vorwiegend arabisch stämmige Familien auf und geht rechtlich gegen den Stadtbezirk und die Stadt Hannover vor.

Seit 2017 unterstützt der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt das Projekt „Kinder-Koch und Garten-Gruppe“ des MSV e.V. Im Rahmen des Projekts wird vorwiegend arabisch stämmigen Familien ganzjährig ein Angebot gemacht - Samstagvormittags, unter Anleitung eines Kochs, selbstgebaute und geerntete Lebensmittel zur verarbeiten und gemeinsam zu essen.

Die dafür erforderliche Gartenfläche wird durch die hanova Wohnen GmbH zur Verfügung ge-

stellt. Das Projekt wurde durch den Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt seit 2018 mit Steuergeldern in Höhe von 7.350€ gefördert. Da in den „Corona-Jahren“ 2020/21 keine Kurse stattfanden, würde die Summe wahrscheinlich noch viel höher ausfallen! Der Löwenanteil floß davon übrigens in die Tasche des Kochs für die „professionelle Begleitung“.

Dauerhafte Finanzierungen von Projekten sind gem. den Haushaltsrichtlinien des Bezirkrates und der Landeshauptstadt in dieser Form nicht zulässig.

Als Rechtsstaatspartei mit besonderem Augenmerk auf eine sachgerechte und maßvolle Verwendung von hart erarbeiteten Steuergeldern, haben wir in der Sitzung des Bezirkrates am 17.03.22 auf die Unrechtmäßigkeit des Vorhabens hingewiesen.

Unser Änderungsantrag forderte zunächst eine haushalts-



rechtliche Überprüfung der geplanten Förderung.

Der Antrag wurde abgelehnt und die illegale Finanzierung somit durchgewunken.

Die AfD-Fraktion im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt sieht sich daher gezwungen rechtliche Schritte einzuleiten und eine Kommunalaufsichtsbeschwerde beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport einzureichen. Der Vorgang ist bereits in Bearbeitung und auch der Bund der Steuerzahler prüft den Sachverhalt.

Wir sind davon überzeugt, dass die illegale Dauerfinanzierung mit unserer Kommunalaufsichtsbeschwerde endlich ein Ende finden wird und die Steuergelder zukünftig anderweitig sinnvoll eingesetzt werden können.

um damit den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sich über die Inhalte der Anfragen ihrer gewählten Vertreter zu informieren.

Durch das Verschweigen dieser Inhalte werden die Bürgerinnen und Bürger um ihr Recht auf Informationen aus dem Stadtbezirk gebracht.

Wir empfehlen dringend von diesem Fehlverhalten abzuweichen und es dem interessierten Beobachter der Bezirksratssitzungen wieder zu ermöglichen den Anfragen, die während einer Sitzung gestellt werden, vollumfänglich zu folgen.

Die Beantwortung der Anfragen sollte vor der Einwohnerfragestunde geschehen, um zu gewährleisten das die Bürger themenspezifische Nachfragen stellen können.“

Selbst die Grünen-Vertreter mussten sich eingestehen, dass die AfD mit diesem Antrag im Recht war.

Somit stimmten sie, neben den beiden AfD-Vertretern,

zähneknirschend als einzige für diesen wichtigen Antrag und zeigten hier ausnahmsweise auch mal demokratisches Verständnis.

Ein Großteil der anwesenden Bezirksratsmitglieder stimmte leider gegen unseren Antrag.

Diese „Volksvertreter“ möchten das Volk also gerne weiterhin uninformiert lassen.



»Armbrust-Attentat«

auf die Geschäftsstelle der AfD-Stadtratsfraktion Hannover!

» Anfang April wurde die Geschäftsstelle der AfD-Stadtratsfraktion Hannover mit einer Armbrust beschossen!

Insgesamt drei Armbrust-Bolzen wurden wenig später durch die Kriminalpolizei sichergestellt, ein weiterer Bolzen steckt noch immer in der Fassade. Der oder die Täter haben scheinbar versucht durch das darunterliegende Bürofenster in unsere Räumlichkeiten im 3. OG zu schießen! Auch der Eingangsbereich des Gebäudes wurde beschossen. Die Glasfassade des Gebäudes hielt jedoch dem feigen Anschlag stand.

Die Polizei stellte zudem einen an die AfD adressierten Drohbrief sicher. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Die örtliche Presse schweigt beharrlich zu diesem Vorfall und berichtet bis heute nicht über den



Angriff! Wir fragen uns: Wird hier mit Zweierlei Maß gemessen? Als 2012 nämlich das Wahlkreisbüro von Doris Schröder-Köpf (SPD) mit Steinen attackiert wurde, berichteten mehrere Medien, auch überregional!

Wir sind letztendlich froh, dass niemand zu Schaden gekommen ist und werden alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um die Verantwortlichen zur Re-

chenschaft zu ziehen. Dieser politisch motivierte Anschlag auf Kommunalpolitiker und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle, darf nicht ungesühnt bleiben!

Zum zukünftig besseren Schutz von Kommunalpolitikerin und Kommunalpolitikern durch die Erweiterung der Anwendung von § 188 StGB auch auf diese Politiker sagte der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius am 18.10.2019:

„Das ist dringend notwendig, gerade auch um Kommunalpolitik vor Ort zu schützen. Denn wir wissen, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in besonderer Weise unter Druck stehen, was diese Frage angeht und wir wissen auch, dass die Demokratie von unten sterben wird, wenn wir nicht dafür Sorge tragen, dass Kommunalpolitikerinnen und -politiker den Schutz bekommen, den sie brauchen.“

AfD wirkt:

» Grüne im Bezirksrat stimmen für Antrag der AfD «

Da konnten selbst die Grünen nicht Nein sagen: In der Bezirksratssitzung im März forderte die AfD den Bezirksrat auf, dass endlich wieder die Anfragen der Bezirksratsmitglieder vorgelesen werden, um anwesende Bürger vollumfänglich über den Inhalt der gestellten Anfragen zu informieren.

Dieses Prozedere setzte der Bezirksrat in den vergangenen Sitzungen aus und begründete dies

mit der Corona-Pandemie.

Da nun weitestgehend alle Corona-Maßnahmen fallen, müsse somit auch diese sogenannte „Corona-Schutzmaßnahme“ fallen.

Die AfD-Fraktion erläuterte ihren Antrag wie folgt:

„Seit geraumer Zeit wird in unserem Bezirksrat darauf ver-

zichtet, Anfragen mit ihrer Begründung vollständig vorzulesen. Diese werden dann zwar den Bezirksratsmitgliedern nach der Sitzung ausgehändigt, jedoch werden den Gästen und der Presse im Ratssaal die gleichen Informationen vorerst vorenthalten.

Laut der Geschäftsordnung des Rates §14 Satz 4 stehen für die Beantwortung von Anfragen 60 Minuten pro Sitzung zur Verfügung. Diese soll auch vollumfänglich genutzt werden,

» Es ist nicht der erste Angriff auf AfD-Vertreter in Hannover:

Neben eingeschlagenen Fensterscheiben, Graffiti-Schmierereien, Drohbriefen und den, leider, üblichen Beschimpfungen und Angriffen an Infoständen stach der Messerangriff auf den Bezirksratsherrn Reinhard Hirche im Mai 2019 besonders erschreckend hervor. Er schaffte es sogar in die überregionale Presse. Der Täter konnte bis heute nicht ermittelt werden.

